

Wofür wir als SPD in der neuen Schwarz-Roten Regierung stehen

- Sicherung der Arzneimittelversorgung
- Bürgergeld – 2022 von CDU, SPD, Grünen, FDP und Linkspartei beschlossen – wird umbenannt in Grundsicherung – schärfere Sanktionen und Kürzungen der Geldleistungen bei Nichteinhaltung von Pflichten – vollständige Streichung bei „Totalverweigerern“ – Kürzung der Schonvermögen – Bekämpfung von „Sozialmissbrauch“

Migration – Flüchtlinge:

- Weitere Reduzierung der irregulären Migration – Grenzkontrollen werden fortgesetzt
- Die Flüchtlingszahlen sind schon seit Okt. 2023 unter der Ampelregierung stark gesunken – Rückgang der Flüchtlingszahlen um 50 % (ohne Ukraine)
2023: 350.000 // 2024: 240.000 // 2025: Jan-Juni: 73.000 – 50 % // August: ca 7.000 Rückgang: 60 %
- Umsetzung der europäischen Asylgesetze (GEAS) in nationales Recht. Ziel: Asylverfahren an europäischen Außengrenzen – gerechte Verteilung der Flüchtlinge
- Rückführung straffälliger Flüchtlinge wird fortgesetzt
- Ukraine weiter unterstützen – Deutschland ist jetzt größter Unterstützer! 1,2 Millionen Ukrainer aufgenommen – 200 000 Schüler in den Schulen – Geringere Geldleistungen für neue Flüchtlinge

Ausgangssituation 2025:

Seit fast vier Jahren Krieg in der Ukraine – Israel-Gazakonflikt – Hohe Zölle durch die Trumpregierung – Deutsche Wirtschaft seit zwei Jahren kein Wachstum – zu wenig getan in den letzten zwanzig Jahren für Infrastruktur Schiene, Straßen, Schulen u.a. – Bundeswehr vernachlässigt – Ungleiche Vermögensverteilung wird immer größer – Steigende Mieten u.a.

Wir als SPD haben – wie wir es schon immer getan haben – erneut Verantwortung für unser Land übernommen und setzen unsere ganze Kraft dafür ein.

Wirtschaft und Energie:

- Massive Investitionen in Wirtschaft – Wirtschaft in Schwung bringen – und Infrastruktur: Sanierung Schienen, Brücken, Straßen u.a.
- 500 Milliarden Euro Sondervermögen
Davon 100 Mrd. € für die 16 Bundesländer und Kommunen – 100 Mrd. € für Umweltschutz
- Höhere Abschreibungen auf Investitionen in Wirtschaft (3 Jahre je 30 %)
- „Modernisierungsagenda“: 80 Maßnahmen – Gründung von Unternehmen online in 24 Stunden, Kfz-Anmeldung online – digitale Verwaltung u.a.
- Gewerbesteuer wird ab 2027 gesenkt

- Ausbau regenerativer Energien geht weiter – Ziel Klimaneutralität 2045 bleibt. Keine neuen Atomkraftwerke – Erforschung Kernfusion
- Bau neuer Gaskraftwerke als Ersatz für abgeschaltete Kohlekraftwerke
- Steuerbefreiung für Elektroautos wird bis 2035 verlängert (sollte auslaufen) – Zuschüsse für Kauf von Elektroautos für kleine und mittlere Einkommen
- Senkung Stromsteuer für Wirtschaft
- Netzendgeld wird gesenkt und damit Strom für private Haushalte günstiger
- „Bauturbo“ – schnellere Baugenehmigungen – einfacheres Bauen auch ohne Bebauungspläne – Erhöhung um zusätzliche Stockwerke u.a.
- Digitalministerium geschaffen – umfangreiche Digitalisierung in Wirtschaft und Behörden
- 25 % Bürokratieabbau in Bund, Ländern und Gemeinden
- Fachkräftezuwanderung erhöhen: Deutschland benötigt jährlich ca. 400.000 Fachkräfte aus dem Ausland – beschleunigte Anerkennung ausländischer Berufe
- Verstärkter Kampf gegen Schwarzarbeit und Steuerhinterziehung durch mehr Zollbeamte

Verteidigung – Bundeswehr:

- Stärkung der Verteidigung 5 % Ausgaben BIP – Schuldenbremse reformiert – Grundgesetz geändert – rund 500 Mrd. € zusätzliche Mittel für Verteidigung – Streitkräfte werden auf 260.000 Soldaten erhöht – Aufbau einer Drohnen- und Raketenabwehr – Iron Dome startet – Beschaffung

Geräte/Material wird beschleunigt – Freiwilliger Wehrdienst – Erfassung aller Männer mit 18 Jahren mit der Option eines verpflichtenden Wehrdienstes

Ab 01.07.2027 Musterung ab Jahrgang 2008 Pflicht

Soziales – Gesundheit:

- Mindestlohn ab 2026: 13,90 €, ab 2027: 14,60 € – mehr als 6 Millionen Menschen profitieren davon.
- Tariftreuegesetz – faire Löhne – Unternehmen müssen Tariflohn bei allen Bundesaufträgen an Beschäftigte zahlen
- Reform der Sozialen Sicherungssysteme: Rente, Krankenversicherung - Pflegeversicherung – Fachkommissionen gebildet
- Rente mit 67 und Rentenhöhe 48 % bleiben bis 2031
- Zusätzliche freiwillige Verdienstmöglichkeiten geschaffen – Rente + bis 2000 Euro pro Monat steuerfrei
- Pendlerpauschale auf 0,39 € erhöht
- Mütterrente auch für alle Kinder vor Geburtsjahr 1992
- Inflationsrate weiterhin bei ca. 2 %
- Steuersenkungen für geringe und mittlere Einkommen geplant – SPD-Forderung: für 92 % der Bevölkerung
- Deutschlandticket 58 € gesichert
- Mietpreisbremse wird verlängert
- Mehrwertsteuer in Restaurants wird auf 7 % gesenkt
- Elektronische Patientenakte ist ab 01.10. 2025 Pflicht in allen Praxen
- Stärkung der Hausärzte – Primärarztprinzip